



BLICKPUNKTE



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe September 2018

INHALT

Mehr Investitionen, mehr Gerechtigkeit und weniger Schulden

Wir stärken die Pflege

Dürrehilfen – Brauchen Kurswechsel in der Landwirtschaft

Erste Verbesserungen für Mieter

Der Neustart für eine stabile Rente ist geschafft

Arbeit von morgen gestalten – Die Qualifizierungsoffensive

Blick in die Landespolitik: Azubi-Ticket Schwindel – Die Landesregierung liefert nicht

Blick in die Europapolitik: Beteiligung als Chance für Europa zu begeistern

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB
Postfach 11 56
48600 Ochtrup
Tel.: 02553 / 977 10 53
Fax: 02553 / 977 10 54
Mail:
ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de

Bildquellen
Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: Deutscher Bundestag /photothek/ Thomas Koehler



Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung geht die wichtigen sozialen Fragen unserer Zeit an. Gerade sozialpolitisch erzielt die Regierung wichtige Erfolge. Der Haushalt, den Olaf Scholz eingebracht hat, wird unser Land sozial gerechter machen. Wir werden die Menschen in unserem Land unter anderem beim Solidaritätszuschlag und bei der kalten Progression entlasten. Wir werden Familien finanziell besser stellen und wir werden gerade digitale Unternehmen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Wir bleiben bei der schwarzen Null und werden Schulden abbauen. Schulden zeigen sich aber nicht nur im Haushalt, sie zeigen sich auch im Zustand von Schulen, Straßen, digitaler Infrastruktur und Gebäuden. Deswegen werden wir in Wohnen, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung investieren.

Ein Fokus in dieser Ausgabe der Blickpunkte liegt neben dem Haushalt vor allem auf den Feldern, in denen wir in den letzten Tagen und Wochen Erfolge erzielen konnten und bei denen die SPD viel erreicht hat. In der Pflege werden wir Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegenden stärken und die Finanzierung verbessern. In der Rente werden wir insbesondere mit der doppelten Haltelinie das Rentenniveau und die Rentenbeiträge stabil halten. Die Gestaltung der Herausforderungen der Arbeit von morgen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive angehen.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der sozialen Aufgaben im 21. Jahrhundert. In der Koalition sind wir erste wichtige Schritte gegangen. Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel haben zudem einen 12-Punkteplan aufgestellt, der einen Weg aufzeigt, wie wir Wohnraum dauerhaft bezahlbar halten.

Außerdem schauen wir in die Landespolitik, wo die Landesregierung es noch nicht geschafft hat, das wichtige Azubi-Ticket einzuführen. Und wir werfen einen Blick in die Europapolitik, wo wir anhand der Umfrage zur Zeitumstellung aufzeigen, was mehr Beteiligung an Transparenz und Akzeptanz für die europäische Idee bringen kann.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihre

Ingrid Arndt-Brauer



Mehr Investitionen, mehr Gerechtigkeit und weniger Schulden

Die Große Koalition legt einen Haushalt mit einer schwarzen Null vor. Wir haben sprudelnde Einnahmen und können so neue Schulden verhindern und alte Schulden abbauen. Im nächsten Jahr wird der Schuldenstand dadurch wieder unter die Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts sinken. Wir gehen aber weit über den Weg der Haushaltskonsolidierung hinaus. Der Haushalt sieht Rekordinvestitionen in Wohnen, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung vor. Damit stellen wir unser Land für die Zukunft auf. In der Steuerpolitik werden wir einen Beitrag leisten, unser Land gerechter zu machen. Schwache Einkommen werden entlastet. Der Haushalt trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift. Darauf können wir stolz sein.



Der Haushalt der Koalition schafft mehr Gerechtigkeit
Foto: Andreas Hermsdorf / pixelio.de

Wir investieren in die Zukunft

Die SPD steht für eine zukunftsorientierte, gerechte und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Angesichts der guten Haushaltslage des Bundes investieren wir heute in die Zukunft und sorgen gleichzeitig vor für schlechtere Zeiten.

Wir handeln zukunftsorientiert, denn wir steigern in dieser Wahlperiode die Investitionen in Wohnen und Bildung, in Infrastruktur und Digitalisierung sowie in die innere Sicherheit. Über das Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ investieren wir Milliarden in die Förderung des Breitbandausbaus und die Versorgung von Schulen mit schnellem Internet.

Wir handeln gerecht, weil wir den sozialen Ausgleich fördern. Die staatlichen Einnahmen geben wir an die Bürgerinnen und Bürger, an die Familien und Kinder im Land zurück. Wir legen den Grundstein für eine stabile Rente der Babyboomer, die ab 2024 in Rente gehen. Dazu legen wir Zuschüsse aus Steuermitteln zurück, um das Rentenniveau stabil und den Rentenbeitrag bei unter 20 Prozent zu halten. Wir erhöhen ab 2019 das Kindergeld und die Kinderfreibeträge, wir investieren in die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und wir sichern diejenigen besser ab, die wegen Krankheit oder Unfall nicht mehr arbeiten können. Für die Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen stellen wir 2019 knapp eine Milliarde Euro zusätzlich bereit und auch der Wohnungsnot begegnen wir mit nochmal mehr Mitteln für den Sozialen Wohnungsbau. Zusätzlich zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten zwei Milliarden Euro für die Jahre 2020 und 2021, stehen jetzt weitere 500 Millionen Euro im Haushalt 2019 bereit.

Wir machen Deutschland gerechter

In der Steuerpolitik gehen wir wichtige Schritte, um Deutschland gerechter zu machen. Das erreichen wir auf zwei Wegen. Wir unterstützen die Menschen in unserem Land durch steuerliche Entlastungen in Höhe von 20 Milliarden Euro. Und wir sorgen für Steuergerechtigkeit, in dem wir Unternehmen heranziehen, die bisher nur geringe steuerliche Beiträge für unsere Gesellschaft geleistet haben.

Durch das Familienlastungsgesetz, die Abmilderung der kalten Progression und die Förderung der Elektromobilität entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger in den Jahren 2019 und 2020 um insgesamt 10 Mrd. EUR. Weitere 10 Mrd. kommen 2021 hinzu.

Mit dem Familienlastungsgesetz erkennen wir noch stärker an, dass Familien sich stärkeren Belastungen als Singlehaushalte ausgesetzt sehen. Sie sind dadurch finanziell weniger leistungsfähig, zugleich aber die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Familienleistungen sollen deshalb bei der Besteuerung stärker berücksichtigt werden.

Ab dem 1. Juli 2019 wird das Kindergeld um 10 Euro pro Monat und Kind erhöht. Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt auf 2.490 EUR je Elternteil und wird in einem zweiten Schritt auch 2020 erhöht, damit die zusätzlichen Einnahmen durch das erhöhte Kindergeld auch bei den Familien verbleiben. Unabhängig hiervon wird für den Veranlagungszeitraum 2019 der steuerliche Grundfreibetrag angepasst und die Eckwerte des Einkommensteuertarifs der Inflationsrate angepasst werden (Verschiebung des Tarifs für 2018 ab 1.1.2019 um 1,84 % und für 2019 ab 1.1.2020 um 1,95 %). Die kalte Progression wird hierdurch abgemildert.

Wir werden auch die Elektromobilität fördern. Wir stärken so den Klimaschutz und machen ihn sozial gerechter. Elektromobilität darf nicht nur ein Luxus von Beziehern hoher Einkommen sein. Dafür soll für die Anschaffung von dienstlichen Elektro- und Hybridfahrzeugen nach dem 31.12.2019 und vor dem 01.01.2022 bei der Dienstwagenbesteuerung nur noch die Hälfte der Kosten angesetzt werden. Das ergibt eine Entlastung von 290 Millionen Euro.

Neben Entlastungen werden wir mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Gerade Unternehmen wie Amazon, Google oder Facebook zahlen in unserem Land zu wenig Steuern. Das erreichen wir durch eine Anpassung des Umsatzsteuerrechts, in dem wir zukünftig digitale Marktplätze für Umsatzsteuerausfälle haften lassen. Digitale Marktplätze sind Plattformen, auf denen verschiedene Unternehmer ihre Produkte verkaufen können. Die Marktplätze erwirtschaften über Verkaufsgebühren und andere Dienstleistungen (z.B. Versand-unterstützung) Umsätze. Sie weisen hohe Gewinne dadurch aus,

dass sie am Handel beteiligt werden, ohne die typischen Handelsrisiken eingehen zu müssen. Das betrifft auch die Umsatzsteuer. Die Unternehmen, die auf Plattformen ihre Produkte anbieten, müssen die Umsatzsteuer selbst abführen. Die Marktplätze kontrollieren das nicht. Vor allem Anbieter aus Asien zahlen die Umsatzsteuer häufig nicht und verursachen damit Steuerschäden. Das verhindern wir zukünftig, indem wir die Marktplätze für die Ausfälle bei der Umsatzsteuer haften lassen. Die Marktplatzbetreiber müssen sich zukünftig von den Finanzämtern eine Bescheinigung beschaffen, die die steuerliche Unbedenklichkeit der Anbieter nachweist. Damit müssen die Marktplätze sich stärker darum kümmern, ihre Anbieter zur Einhaltung der Steuerpflicht zu bewegen. Können sie eine Bescheinigung nicht vorlegen, haften sie für die nicht gezahlte Umsatzsteuer. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Steuer-gerechtigkeit.

Die Haftung elektronischer Marktplätze darf nicht isoliert betrachtet werden. Letztlich geht es auch hier um die Frage, wie wir mit der Digitalisierung vieler Lebensbereiche umgehen. Unabhängig davon wird viel über eine Digitalsteuer als völlig neue Steuer diskutiert, um vor allem Internetunternehmen und -konzerne stärker zu besteuern. Ihre Besteuerung und damit ihr Anteil an der Finanzierung des Gemeinwohls ist derzeit gering, obwohl riesige Gewinne erzielt werden. Deswegen müssen Digitalunternehmen einen stärkeren Beitrag leisten. Die SPD will diese Digitalsteuer, weil es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, dass digitale Unternehmen nicht besser gestellt werden als beispielweise der Buchhändler in der Innenstadt.

Zitat des Tages

"Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung."

John F. Kennedy

Wir stärken die Pflege

Nirgendwo werden die Auswirkungen des demographischen Wandels so deutlich wie in der Pflege. Die Menschen in unserem Land werden älter. Das ist eine gute Nachricht. Aber nicht jeder bleibt dabei gesund und ist oft auf Pflege angewiesen. Die Zahl an Pflegebedürftigen wächst. Auf der anderen Seite fehlt es an jüngeren Menschen in unserem Land. Das macht sich in der Pflege gleich in dreifacher Form bemerkbar. Es gibt weniger, die in die Pflegekasse einzahlen. Es gibt weniger, die ihre Angehörigen selbst pflegen. Und es gibt weniger, die der Pflege als potentielle Auszubildende zur Verfügung stehen. Die Folge sind Probleme in der Finanzierung, in der Qualität der Pflege und in der Arbeitsbelastung der Pflegenden. Diesen Problemen werden wir begegnen.



Die Regierung will Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegenden entlasten. Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Wir starten mit einem Sofortprogramm, um die Pflege kurzfristig zu stärken. Die Maßnahmen sind ein wichtiges Signal für alle, die auf Pflege angewiesen sind und für alle, die in der Pflege arbeiten. Das Programm stärkt die Pflege in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen. Es sorgt für mehr Personal in den Heimen, ohne die Pflegebedürftigen finanziell zusätzlich zu belasten.

Mehr Personal ist nur durch bessere Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Die Arbeitsbelastung muss abnehmen und die Bezahlung muss besser werden. Es darf in einem reichen Land wie Deutschland nicht sein, dass diejenigen, die sich um unsere Angehörigen kümmern, dafür so schlecht bezahlt werden. Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und mit der Konzentrierten Aktion Pflege wollen wir eine Verbesserung herbeiführen.

Die Einführung von Personaluntergrenzen ist dabei ein erster wichtiger Schritt, um Patientengefährdung zu verhindern. Es ist wichtig, dass wir zu wissenschaftlich fundierten und evaluierten Personalbemessungsrichtlinien kommen, damit bundesweit eine gute pflegerische Versorgung rund um die Uhr sichergestellt ist und die Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen haben.

Dürrehilfen – Brauchen Kurswechsel in der Landwirtschaft

Das Bundeskabinett hat sich auf der Grundlage erster Zahlen aus dem Erntebericht 2018 mit den Dürreschäden in der Landwirtschaft befasst. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner verspricht Betrieben mit starken Einbußen Hilfen aus Bundesmitteln in Höhe von etwa 150 bis 170 Millionen Euro. Das Mittelvolumen soll durch die Bundesländer nochmals verdoppelt werden. Vor dem Hintergrund der teilweise verheerenden Auswirkungen der langanhaltenden Hitze und Trockenheit sind diese Nothilfen zu begrüßen. Um die deutsche Landwirtschaft jedoch zukunftsfähig zu gestalten, ist ein grundlegender Kurswechsel in der Landbewirtschaftung notwendig.

Insgesamt sind etwa 10.000 Betriebe nach Einschätzung der Länder so sehr betroffen, dass sie in ihrer Existenz gefährdet sind. Durch eine Einzelfallprüfung können nun Steuermittel existenzbedrohten Betrieben zu Gute kommen, die stark unter der Dürre leiden. Antragsberechtigt sind Betriebe mit einem Naturalertragsrückgang um mindestens 30 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren. Das ist vor allem für Viehhalter eine Erleichterung, die aufgrund der Missernte nicht mehr in der Lage sind, ihre Tiere ausreichend zu versorgen.

Erste Verbesserungen für Mieter

Mieter werden künftig stärker geschützt. Dazu hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf von Verbraucherschutzministerin Katarina Barley (SPD) beschlossen. Demnach wird es neue Rechte für Mieter und schärfere Regeln für Vermieter geben. Zudem werden die finanziellen Folgen von Modernisierungen begrenzt.

Die Koalition wird verhindern, dass Menschen in Zukunft aus ihrem Zuhause quasi raussaniert und gewachsene Wohnviertel zerstört werden.

Die sogenannte Mietpreisbremse für Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt wird unter anderem mit neuen Auskunftspflichten (künftig vor Unterschrift unter den Vertrag) für Vermieter verschärft, die eine Miete verlangen wollen, die mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt.

Stellt sich heraus, dass der Vermieter sich nicht an die Auskunftspflicht gehalten hat, darf er sich für die gesamte Dauer des Mietverhältnisses nicht auf eine Ausnahme berufen.

Ist der Mieter bzw. die Mieterin der Auffassung, die Miete liege unzulässiger Weise zehn Prozent oder mehr über der ortsüblichen Vergleichsmiete, kann er oder sie einen solchen Wucher einfach rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Weniger Kostenumlage bei Modernisierungen

Zentrales Element des neuen Mieterschutzgesetzes ist die Neuregelung, wie Vermieter künftig bei Modernisierungsmaßnahmen handeln und entstandene Kosten umlegen dürfen. Den Umlagesatz, mit dem sie die Kosten einer Modernisierung an Mieter weitergeben können, wird die Koalition von elf auf acht Prozent absenken.

Vermieter dürfen die Miete nach einer Modernisierung künftig zusätzlich um nicht mehr als 3 Euro je Quadratmeter für die Dauer von sechs Jahren erhöhen. Beiden Seiten nutzt diese neue Regelung: Modernisierungen werden ermöglicht, aber die Miete bezahlbar gehalten. Das hat die SPD-Fraktion durchgesetzt. Bis zum Schluss hatte sich die Union dagegen gewehrt. Wir wissen: Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer

Zeit.

Gegen Spekulanten, die Mieter gezielt verdrängen, geht die Koalition hart vor: Zum Schutz der Mieter vor dem Herausmodernisieren und vor einer weiteren Gentrifizierung (die Verdrängung ansässiger Bevölkerung) von Quartieren kann künftig ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro verhängt werden, wenn Vermieter gezielt herausmodernisieren. So wird der Schutz der Mieter vor Spekulation und Abzocke effektiver gestaltet.

Maßnahmen sollten landesweit gelten

Johannes Fechner, verbraucherchutzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kündigt an: "Im parlamentarischen Verfahren wird sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen, diese sinnvollen Maßnahmen zügig umzusetzen und weitere Verbesserungen für Mieter zu erreichen. Um Mieten bezahlbar zu halten, muss der Betrachtungszeitraum des Mietspiegels ausgeweitet werden. Um den Schutz vor Herausmodernisierung zu erhöhen, sollten die neuen Regelungen deutschlandweit gelten. Dieser SPD-Vorschlag wurde bislang von der Union blockiert, jüngst aber von einigen CDU-Abgeordneten unterstützt".

Fest steht: Gemeinsam mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus oder zum Baukindergeld schafft die Koalition hiermit einen Baustein für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Sicher ist aber auch, dass es neuer, langfristiger Antworten für das Wohnen, Mieten, Bauen der Zukunft bedarf. Deshalb will die SPD-Fraktion mehr. Es kann nicht sein, dass alle Lohnsteigerungen von explodierenden Wohnkosten aufgefressen werden.



Wohneigentum und Miete darf kein Luxus sein
Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Der Neustart für eine stabile Rente ist geschafft



Rentner sollen auch noch in Zukunft von ihrer Rente leben können.

Foto: Barbara Eckhold / pixelio.de

Sicherheit für heute und morgen. Darauf können sich Junge und Alte verlassen. Konkret heißt das: Die Renten steigen automatisch wieder so wie die Löhne, die Kaufkraft bleibt erhalten.

Und Frauen und Männer, die nicht mehr arbeiten können, weil die Gesundheit nicht mehr mitmacht, bekommen eine bessere Erwerbsminderungsrente. Auch für die Mütterrente gibt es mehr Geld. Und wer nur wenig verdient zahlt weniger Beiträge, bekommt aber die volle Rente.

Das hat das Kabinett auf Druck der SPD beschlossen
Der Rentenpakt:

Sicherheit in der stabilen Rente

Wir stoppen den Rückgang des Rentenniveaus und schreiben es bei 48 Prozent bis 2025 fest. Damit machen wir die Rentenhöhe unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Unabhängig davon gilt weiter: Wenn die Löhne steigen, erhöhen sich auch die Renten in gleichem Maße.

Beiträge bleiben bezahlbar

Zwischen Alt und Jung gibt es einen fairen Ausgleich. Wir begrenzen den Beitragssatz auf 20 Prozent, damit die Jüngeren nicht überfordert werden. Stattdessen wird der staatliche Zuschuss in die Rentenkasse erhöht – mit Hilfe von Sonderzahlungen aus dem Bundeshaushalt.

Abgesichert bei Arbeitsunfähigkeit

Für Frauen und Männer, bei denen irgendwann die Gesundheit nicht mehr mitmacht, gibt es die Erwerbsminderungsrente. Wir machen sie für künftige Fälle noch besser. Sie ersetzt das Einkommen bis zum Übergang in die Altersrente. Sie gilt für alle zukünftigen Fälle.

Anerkennung für Kindererziehung

Eltern bekommen für ihre vor 1992 geborenen Kinder mehr Rente – eine Anerkennung, dass sie damals beruflich mehr zurückstecken mussten als heute. Das ist für Mütter (oder Väter, die ihre Kinder hauptsächlich erzogen haben) die zweite Anhebung in vier Jahren. Alle Mütter oder Väter erhalten für jedes vor 1992 geborene Kind, zusätzlich monatlich rund 16 Euro (Westdeutschland) bzw. rund 15 Euro (Ostdeutschland) mehr. Dies entspricht einem halben Rentenpunkt.

2019: Die nächsten Schritte

Mit der Grundrente werden wir sicherstellen, dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, mehr erhalten als die Grundsicherung. Selbstständige, die noch nicht obligatorisch im Alter abgesichert sind, werden in den Schutz der Rentenversicherung einbezogen.

Arbeit von morgen gestalten – Die Qualifizierungsoffensive

Die Koalition wird in diesem Herbst sozialpolitisch liefern. Dafür hat die SPD gesorgt. Wir haben vereinbart, Beschäftigte im digitalen Wandel durch mehr geförderte Weiterbildung und einen besseren Schutz der Arbeitslosenversicherung zu stärken. Wir sorgen dafür, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Zugang zu Weiterbildungsförderung erhalten, die in Folge des digitalen Wandels Qualifizierungsbedarf haben. Wir verbessern den Schutz in der Arbeitslosenversicherung für diejenigen, die in kurz befristeten Verträgen arbeiten. Damit sie nicht nur Beiträge zahlen, sondern auch in den Schutz der Arbeitslosenversicherung kommen. Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und schaffen eine gute Balance zwischen Beitragsentlastung, Krisenrücklagen und verbesserten Versicherungsleistungen. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land. Dafür ist die SPD in Regierungsverantwortung gegangen. Weil wir unser Land verbessern wollen.

Qualifizierungsoffensive: Investitionen in Qualifizierung

Wenn Digitalisierung im Job zur drängenden Frage wird, sorgen wir dafür, dass die Beschäftigten die Chance haben zu lernen, um am Ball zu bleiben – alle, egal wie alt sie sind, was oder wo sie arbeiten. Von der Qualifizierungsoffensive profitieren alle, die Weiterbildung brauchen, im Job – damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt:

Wir öffnen die Weiterbildungsförderung der BA und unterstützen Weiterbildung für alle, die im Job vom technologischen und Strukturwandel im Zuge der Digitalisierung betroffen sind. Die Bundesagentur für Arbeit bietet jetzt Förderung von Weiterbildung für alle Beschäftigten – grundsätzlich unabhängig von Alter, Betriebsgröße und Ausbildungsstand.

In der Höhe gestaffelt, können Lohnausfall oder Kosten der Weiterbildung ersetzt werden.

Zudem schaffen wir das Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit und weiten die derzeit nur in Modellprojekten erprobte Weiterbildungsberatung der BA aus.

Mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung: Ausweitung der Rahmenfrist

Wir verbessern Schutz und Chancen im Wandel. Immer mehr Menschen arbeiten gerade im Zuge der Digitalisierung in kurz befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Das gilt beispielweise gerade für IT-Fachleute. Angesichts der Umbrüche im Berufsleben muss mehr denn je gelten: Wer einzahlt, hat auch Anspruch auf Schutz.

Wir verbessern den Versicherungsschutz für kurz befristet Beschäftigte. Dazu weiten wir die Rahmenfrist, in der die für einen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung wie z.B. Arbeitslosengeld erforderliche Mindestversicherungszeit erfüllt werden muss, aus: von 12 in 24 Monaten auf 12 in 30 Monaten.

Vernünftige Entlastung: Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung kräftig und entlasten damit Beschäftigte und Arbeitgeber um gut 5,8 Mrd. Euro jährlich. Von Anfang an haben wir klar gesagt: Wir wollen den Spielraum zur Senkung nutzen – doch die Bundesagentur für Arbeit (BA) muss handlungsfähig und auch für Krisenzeiten gerüstet sein. Und sie muss im technologischen und Strukturwandel den Beschäftigten mit einem klaren Plus an Weiterbildung zur Seite stehen. Das alles haben wir durchgesetzt.

Wir senken den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung per Gesetz dauerhaft um 0,4 Punkte. Zusätzlich wird er per Verordnung vorübergehend bis 2022 noch um weitere 0,1 Prozentpunkte gesenkt. Insgesamt müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (je hälftig) ab 2019 nur noch 2,5% des Bruttolohns als Beitrag leisten.

Blick in die Landespolitik

Azubi-Ticket-Schwindel - Landesregierung liefert nicht

Das Ausbildungsjahr hat begonnen, doch die Auszubildenden haben in Nordrhein-Westfalen trotz eines Versprechens des Ministerpräsidenten immer noch kein Azubi-Ticket.



Azubis müssen problemlos zum Betrieb und zur Berufsschule kommen. Die Landesregierung muss liefern. Foto: Lorenz Ring / Pixelio.de

Mehr als ein Jahr ist es her, dass Ministerpräsident Armin Laschet in seiner Regierungserklärung am 3. Juli 2017 die Einführung eines Azubi-Tickets in NRW angekündigt hat. Zum Start des neuen Ausbildungsjahres macht sich Enttäuschung bei Azubis im Lande breit. Beim Thema Azubi-Ticket herrscht Funkstille bei der Landesregierung.

Die Koalition aus CDU und FDP bleibt ihrem Kurs treu: Trotz sprudelnder Steuereinnahmen werden soziale Errungenschaften eher gekürzt als fortentwickelt. So wurde der SPD-Antrag, 20 Millionen Euro für das Azubi-Ticket vorzusehen, 2017 von Schwarz-Gelb im Landtag abgelehnt.

Hunderttausende Auszubildende werden auch 2018/2019 zu wesentlich teureren Konditionen durch NRW fahren müssen als Studierende. Sie haben auf die Worte des Ministerpräsidenten vertraut. Und sie sind bitter enttäuscht worden.

Blick in die Europapolitik

Beteiligung als Chance für Europa zu begeistern

4,6 Millionen Europäer haben sich an der Umfrage zur Zeitumstellung der EU-Kommission beteiligt, allein drei Millionen aus Deutschland. Die eindeutige Mehrheit hat für eine Abschaffung der Zeitumstellung gestimmt. Die Kommission und das EU-Parlament werden dieser Entscheidung voraussichtlich folgen.

Diese Umfrage muss ein Start für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der EU sein. Fragen, die sie direkt betreffen, sollten vermehrt zur Abstimmung gestellt werden. Die EU ist eine wichtige Errungenschaft für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Leider ist die Entscheidungsfindung für viele Bürgerinnen und Bürger wie eine Blackbox. Es fehlt an Transparenz. Viele politische Themen werden noch immer zwischen den Staats-

und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen verhandelt und das Interesse an der Kommission und am Europäischen Parlament ist leider gering. Ein Weg zu mehr Transparenz und mehr Begeisterung für europäische Politik kann durch eine stärkere Beteiligung entstehen. Der Weg, die Menschen bei Sachfragen, die sie direkt betreffen und einfach zu beantworten sind, zu fragen, ist dafür ein wichtiger Schritt. Zusätzlich muss das Europäische Parlament gestärkt und mehr Transparenz geschaffen werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger verstehen, was die EU gemeinsam erreichen kann und wo rein nationale Politik an ihre Grenzen stößt, dann kann auch die Begeisterung für den europäischen Gedanken wieder entfacht werden.